

Simonis, Udo E.

Book Review — Digitized Version

[Sammelrezension] Zwischenrufe zur Sozial- und Umweltplanung: William Kapp, Fritz Vilmar (Hrsg.): Sozialisierung der Verluste. München: Carl Hanser Verlag, 1972. Detlef Schwefel: Beiträge zur Sozialplanung in Entwicklungsländern : Indikatoren der sozialen Gerechtigkeit, Methode zur Analyse des Gesundheitssektors. Berlin: Hessling, 1972. Martin P. von Walterskirchen (Hrsg.): Umweltschutz und Wirtschaftswachstum : Referate und Seminarergebnisse des ersten Symposiums für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St. Gallen, 19. bis 21. Oktober 1971. München [u.a.]: BLV Verlagsgesellschaft, 1972. Bruno S. Frey: Umweltökonomie. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1972. Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1974) : [Sammelrezension] Zwischenrufe zur Sozial- und Umweltplanung: William Kapp, Fritz Vilmar (Hrsg.): Sozialisierung der Verluste. München: Carl Hanser Verlag, 1972. Detlef Schwefel: Beiträge zur Sozialplanung in Entwicklungsländern : Indikatoren der sozialen Gerechtigkeit, Methode zur Analyse des Gesundheitssektors. Berlin: Hessling, 1972. Martin P. von Walterskirchen (Hrsg.): Umweltschutz und Wirtschaftswachstum : Referate und Seminarergebnisse des ersten Symposiums für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St. Gallen, 19. bis 21. Oktober 1971. München [u.a.]: BLV Verlagsgesellschaft, 1972. Bruno S. Frey: Umweltökonomie. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1972. Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, ISSN 0507-4150, Humanistische Union, Berlin, Vol. 13, Iss. 5=11, pp. 88-92
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:5:1-63772-p0123-7>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Udo Ernst Simonis

Zwischenrufe zur Sozial- und Umweltplanung

„Sozialisierung der Verluste“

Weit entfernt von einem ironischen Wortspiel, sollte man den Satz: „Die Verluste werden sozialisiert, die Gewinne bleiben privat“ zum Leitmotiv des Spätkapitalismus erklären. Mit dieser Aussage leiten *K. William Kapp* und *Fritz Vilmar* den von ihnen herausgegebenen Sammelband ein, dessen Haupttitel allerdings ein (verschämtes oder deutliches?) Fragezeichen trägt — Konzession an den Verlag oder den Leser, oder aber Inkarnation der Hoffnung auf die Reformfähigkeit eines (welches?) privatkapitalistischen Systems?

Doch zumindest der Untertitel trifft ihrer Meinung nach die grundlegende Ideologie des etablierten sozioökonomischen Systems — „auf der privaten Aneignung und Verwertung des Kapitals als einem heiligen, unumstößlichen Gebot allen gesellschaftlichen Lebens zu bestehen, alle Programme der Überführung von Produktionsmitteln bzw. Produktionsentscheidungen in öffentliche Verantwortung als Weg in die Anarchie zu brandmarken — gleichzeitig aber dieser selben Öffentlichkeit alle Risiken und Verluste aufzubürden“ (S 7). Die Folgen einzelwirtschaftlicher Fehlentscheidungen ebenso wie die sozialen (Zusatz-)Kosten des Produktionsprozesses werden in hohem Maße von den Kapitallosen, den Abhängigen bzw. den von ihnen finanzierten gesellschaftlich-politischen Körperschaften getragen.

An Belegen für diese Aussagen scheint kein Mangel, auch wenn sie von den Betroffenen meist nicht als solche erkannt werden. Die öffentliche Hand hat sich zunehmend bereitgefunden, bestimmte Bereiche der Wirtschaft zu „sozialisieren“, wenn sich diese als für die Privatwirtschaft unprofitabel erweisen; erhebliche Teile der Landwirtschaft, der

Industrie und des Handels werden direkt oder indirekt durch Subventionen gestützt, sei es um die Existenz der von der Großindustrie bedrängten mittelständischen Betriebe zu sichern, sei es um die Verwertungschancen des privaten Kapitals zu verbessern; auf der kommunalen Ebene werden enorme Beträge für infrastrukturelle Vorleistungen aufgewandt, um privaten Unternehmen Standorte zu günstigen Bedingungen anbieten zu können, dies nicht selten unter völliger Vernachlässigung der Umweltbedingungen; durch Forschungsausgaben des Staates werden in beträchtlichem Maße Industrieforschung und -entwicklung vom Steuerzahler vorfinanziert, ohne daß dieser darauf irgendeinen Einfluß hat — die für das private Kapital riskanten Innovationskosten werden in vielen Fällen in risikolose staatliche Vorleistungen umgewandelt. Hierauf beruht die erste zentrale These der Herausgeber, wonach die ungeplante Marktwirtschaft längst überwunden sei, wenn es ihr nicht immer wieder gelungen wäre, eben diese Verluste zu sozialisieren bzw. die sozialen Zusatzkosten zu überwälzen.

Der Begriff „Sozialisierung der Verluste“ meint also mehr als die unmittelbare Abwendung privater Risiken (betriebswirtschaftliche Verluste *i e S*) oder die Übernahme privatwirtschaftlich unrentabler Leistungen für die Gesamtwirtschaft durch den Staat (Infrastruktur); er schließt vielmehr auch die sozialen Zusatzkosten privater Produktion in Form der Schädigung der menschlichen Gesundheit und der Qualität der natürlichen und sozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen mit ein. Hieraus resultiert die zweite zentrale These des Bandes, wonach es sich bei den zu beobachtenden Entwicklungen um mehr als um ‚Fehlrechnungen‘ handle, die durch partielle Maßnahmen *ex post* behoben werden könnten; es handle sich vielmehr um eine institutionalisierte Fehl lenkung wirtschaftlicher Prozesse und menschlicher Potentialitäten. Das privatwirtschaftliche System sei daher weniger durch subversive Einflüsse von außen als durch die ihm eigentümlichen internen systemkonformen Entwicklungstendenzen gefährdet, wobei die Zukunft des Systems davon abhängt, Institutionen wie Denk- und Verhaltensweisen so zu ändern, daß sie die hier zur Diskussion gestellten Probleme und Gefahren bewältigen können.

Für diesen Prozeß des Umdenkens messen die Herausgeber der Wirtschaftswissenschaft eine Schlüsselstellung zu, allerdings nicht in ihrer heutigen Orientierung an ‚Wertneutralität‘, Ausklammerung von Institutionen und Datenkranz aus

dem Erklärungsbereich, an aggregierten Größen, globalen Maßzahlen und fiktiven Verhaltenshypothesen. Die Kritik der konventionellen Wirtschaftswissenschaft nimmt daher den größten Teil des Gesamttextes in Anspruch, wobei es sich bei fünf Beiträgen um Wiederabdrucke handelt. Angesichts der Bedeutung, die man diesen allgemein-methodischen Beiträgen zusprechen muß, ist es bedauerlich, daß das in ihnen erarbeitete Gerüst in den spezielleren empirischen Beiträgen nicht durchgängig und konsequent Anwendung findet. Doch dort, wo es geschieht, ist die Lektüre wahrhaft aufregend.

Die Sozialisierung der Verluste kann auf Dauer nicht fortgesetzt werden, darin, so meinen die Herausgeber, seien sich auch aufgeklärte Liberale, Sozial-Konservative und Sozialisten inzwischen einig. Unklar bleibt indes, wie in einer an materiellen Quantitäten und Tauschwerten orientierten Gesellschaft die Wirtschaftsweise faktisch geändert werden kann, wenn man das Ausmaß der konkreten Verluste bzw sozialen Zusatzkosten vorher nicht in systematischen Bestandsaufnahmen ausreichend und zuverlässig qualifiziert. Es wäre wünschenswert und notwendig, daß der vorgelegte Rahmen mit dem heutigen Stand des empirischen Wissens über soziale Kosten nach Bereichen und Regionen systematisch und umfassend ausgefüllt würde, um so eine Bestandsaufnahme des ‚Kapitalismus mit beschränkter Haftung‘ (*W. Brandt*) zu leisten.

Warum aber, so ist allgemein zu fragen und nach Lektüre dieses Bandes erneut zu fordern, gibt es noch immer kein großangelegtes Forschungsprogramm zur empirischen Erfassung der sozialen Kosten des privatwirtschaftlichen Systems? Die Beiträge des vorliegenden Bandes geben einen ausgezeichneten Einstieg in die Materie und sind der Ergänzung wert, in Verbindung mit der Revision der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Kosten- und Ertragsrechnungen und Ansätzen zur Entwicklung von Indikatorsystemen zur aktiven Wirtschafts- und Sozialplanung.

Sozialplanung

Ein interessanter, wenn auch noch unbefriedigender Versuch in dieser letztgenannten Richtung findet sich in zwei ‚Beiträgen zur Sozialplanung‘, welche auf Evaluierungsarbeiten beruhen, die seit geraumer Zeit im *Deutschen Institut für Entwicklungspolitik* in Berlin unternommen werden — und die ihrerseits auf methodische Vorarbeiten der UN zurückgehen. *Detlef Schwefel* versucht, Sozialplanung, verstanden als Planung sozialer Ge-

rechtigkeit, über ein Modell von Indikatoren so zu präzisieren, daß gesellschaftliche Aktivitäten mit ihm gemessen werden können — unter dem Leitgedanken, daß das was meßbar ist, sich auch planen läßt. Die von den UN definierten Komponenten von ‚Lebensbedingungen‘ (Vgl United Nations, *International Definition and Measurement of Levels of Living*, New York 1961) engt er zunächst auf die Dimension ‚Primäre Bedürfnisbefriedigung‘, die gesellschaftliche Dimension ‚Soziale Gleichheit‘ und die zeitliche Dimension ‚Sicherheit‘ ein. Diese Dreidimensionalität wird dann auf eine einzige Dimension reduziert, da nur so eindeutige Aussagen über den Zustand der sozialen Gerechtigkeit in einem Land (in einer Region, einer Stadt) möglich seien (S 37). Er konstruiert entsprechend — angewandt auf das Beispiel zweier Entwicklungsländer — einen eindimensionalen numerischen Globalwert für Soziale Gerechtigkeit (den SG-Wert) aus den numerischen Werten für die drei Dimensionen — allerdings ohne eine Begründung der Gewichte, die den einzelnen Komponenten zu geben sind.

Der Autor möchte seinen Ansatz verstanden wissen als „Beitrag zur Rationalisierung der sozialen, nationalen und internationalen Entwicklungspolitik, die realistisch ist und dennoch auf eine mittelfristige Utopie nicht verzichtet“ (S 101) — ein problematischer Anspruch für den ob der dominierenden Eindimensionalität gesellschaftlichen Lebens skeptisch gewordenen Leser, der vor allem auch nicht einsehen wird, warum man die tatsächliche Mehrdimensionalität der Lebensbedingungen — so wie sie schon in der grundlegenden UN-Studie gesehen worden war — der methodischen Eleganz wegen wieder reduzieren sollte.

Auf den zweiten Teil des Bandes — „Methode zur Analyse des Gesundheitssektors“ — näher einzugehen, würde ähnliche Anmerkungen notwendig machen, vor allem auch, weil der Autor damit seiner eigenen erklärten Absicht einer integrierten Sozialplanung zuwiderhandelt. Einleitend hatte es nämlich heißen:

„Die herkömmliche Sozialplanung konzentriert sich auf jene Mittel und Mittelkombinationen, die von alters her einen direkten Beitrag zu Gesundheit, Erziehung, Wohnung, Erholung zu leisten schienen. Die Konsequenzen dieser isolierten Sektorplanung zeigen sich deutlich: Umweltverschmutzung, Schöngesterei der Bildung, gleichsam persönlich verschuldete Arbeitslosigkeit, öffentliche Armut. Nur eine integrierte Sozialplanung kann solcher Kritik begegnen.“ (S 7).

Warum sein eigener Versuch unbefriedigend bleiben mußte, läßt sich auf eben derselben Seite schon absehen: einen der methodisch und inhaltlich umfassendsten Versuche zur Operationalisierung der Entwicklungsplanung (I. Adelman, C. T. Morris: *Society, Politics and Economic Development. A Quantitative Approach*. 2. Aufl, Baltimore, London 1971.) bezeichnet er als ‚Beispiel naiver Sammlung von Datenmengen‘.

Umweltschutz

Die Referate und Seminarergebnisse des ersten Symposiums über wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St. Gallen vom Oktober 1971, die unter dem Titel *Umweltschutz und Wirtschaftswachstum* von Martin P. von Walterskirchen herausgegeben wurden, sind heute, d h nach dem Erlebnis der sog Ölkrise besonders lesenswert. Versagt hat, so meint P. A. Tschumi in seinem einleitenden Problem-Kapitel, „... eine nur auf das Wachstum ausgerichtete Wirtschaft, weil sie weder die Tragfähigkeit ihrer Existenzgrundlagen noch die legitimen Ansprüche künftiger Generationen auf natürliche Ressourcen respektierte“ (S 37). Die Präsens-Form wäre hier wohl angebrachter gewesen, denn: Die Waagschale, die sich langsam zugunsten der Umweltschützer zu bewegen schien, hat sich inzwischen rasch wieder zugunsten der Wachstumsprotagonisten gewendet. Nur mit forciertem Wachstum scheint man — trotz anderslautender offizieller Erklärungen — die gestiegenen Energiekosten bewältigen zu wollen, nicht mit freiwilliger Beschränkung des privaten Konsums oder der sparsameren Verwendung knapper natürlicher Ressourcen (die Debatte um das Tempo-Limit in der BRD ist hierfür nur ein Beleg). Nicht nur von seiten der Industrie, auch von seiten der Regierung und Verwaltung ist versteckt oder offen wieder die Forderung zu vernehmen, vorhandene Umweltschutzbestimmungen zu lockern und neue nicht zu erlassen oder zu entschärfen, um das Wirtschaftswachstum in Gang zu halten, so daß auch die Alternative der umweltkonformen Entwicklung — Umweltschutz und Wirtschaftswachstum — an Zugkraft bereits wieder verloren hat.

Die Autoren des Bandes legen ihr Augenmerk auf dieses „und“, ihnen geht es darum, die Wirtschaft zu nutzen und die Umwelt zu erhalten. Sie sind ebenso interessiert an den qualitativen Bedingungen, unter denen Waren produziert werden, wie an deren Quantität — sie plädieren gegen

jene, die die maximale Produktion mit dem Risiko langfristig bleibender Schäden propagieren. Es sind, wie sich herausstellt, gerade die kurzfristigen Ansprüche und privaten Interessen, die zur Vernachlässigung permanenter Werte und langfristiger gesellschaftlicher Interessen führen, was im Energie- und Verkehrsbereich wiederum am deutlichsten sichtbar wird. Hierbei mag es sich um ein ‚natürliches‘ Versagen handeln, ‚natürlich‘ besonders für Regierungen und Politiker, die zum Erfolg — zum Machen — verurteilt scheinen, um bei der nächsten Wahl und vor den Wählern bestehen zu können. Als Resultat des Drucks der kurzen Frist jedoch müssen dieselben Wähler die langfristigen Rückwirkungen des kurzfristigen Behelfs tragen. Das vorliegende Buch verbreitet indes, bei aller geäußerten Skepsis, keine Untergangsstimmung, sondern zeigt vielmehr eine Reihe konkreter, machbar erscheinender Alternativen, wie dies insbesondere in den Beiträgen von W. A. Jöhr, H. C. Binswanger, A. Nydegger und H. Baumberger zum Ausdruck kommt.

Jöhrs Beitrag „Die Nationalökonomie vor neuen Aufgaben“ ist einer jener seltenen umsichtigen Essays, der didaktisch besticht und trotz verschiedener Fehler in den Ableitungen jedem Ökonom zu empfehlen ist — und für sich genommen für die universitäre Ausbildung aufbereitet und veröffentlicht werden sollte.

Jöhrs Anliegen besteht darin, nicht einfach ein zusätzliches Kapitel der Nationalökonomie zu schreiben oder einen vollständig neuen approach zu entwickeln, als vielmehr vom vorhandenen Gedankengebäude der Nationalökonomie auszugehen und durch Modifikation, Erweiterung und Ergänzung des theoretischen Instrumentariums der Problematik der Umweltgefährdung Rechnung zu tragen. Er glaubt, daß es möglich sein sollte, eine Umweltökonomik in ähnlicher Weise aufzubauen, wie dies bei der Bildungsökonomik gelungen sei. (Wer indes weiß, wie es heute um diese bestellt ist, wird ahnen, welche Kontroversen auf uns zukommen mögen). Konsequenterweise bemüht sich Jöhr um die Überprüfung der Grundbegriffe und der Grundkonzeption (Erträge, Kosten, Marginal- vs Totalbetrachtung), um die Erweiterung der Ziele der Wirtschaftstätigkeit und um die Maßnahmen einer effektiven Umweltschutzpolitik. Die Anwendung der als notwendig erachteten umweltökonomisch bedingten Maßnahmen wird, dies macht er deutlich, eine Entfernung von dem System der sich selbst regulierenden Marktwirtschaft bedeuten müssen: „Räumt man nicht dem Staat die Kom-

petenzen ein, die notwendigen Maßnahmen zur Bewahrung der Umwelt durchzusetzen, so kann das gesteckte Ziel niemals erreicht werden“ (S 102). Mit eben dieser Frage einer umweltkonformen Wirtschaftsordnung befaßt sich der Beitrag von *H. C. Binswanger*. Er zeigt zunächst auf, daß ein Vorurteil gegen den Umweltschutz sowohl im System der Marktwirtschaft als auch dem der Planwirtschaft eingebaut ist. Während ersteres jeden Betrieb unter Konkurrenzdruck zum mengenmäßigen Wachstum drängt und damit einen steigenden Verbrauch an natürlichen Ressourcen im Produkt und an Umweltschäden durch Abfallbelastung erzeugt, hätten in der Planwirtschaft die Anwendung des Bruttoprinzips und ein systemimmanenter Expansionszwang ähnliche Ergebnisse hinsichtlich der Umweltbedingungen gezeigt. Aus der Gegenüberstellung der realtypischen Systeme ergibt sich für ihn, daß „... einerseits die Tendenz der Marktwirtschaft zur Umweltschädigung nur durch den Staat korrigiert werden kann, daß aber andererseits die Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Einführung einer sozialistischen Planwirtschaft an sich keine Lösung des Umweltproblems darstellt“ (S 135). Sein Fazit im Hinblick auf die ordnungspolitische Debatte in dieser Beziehung: Nicht die Frage, wie die Wirtschaftspläne der einzelnen koordiniert werden — über die staatliche Planung oder über den Markt — sei heute die Hauptfrage, sondern vielmehr, welchem Gesamtziel die Wirtschaft untergeordnet sein soll.

Zur Lösung des Umweltproblems ginge es sichtlich darum, die Wirtschaftsordnung so umzubauen, daß „... sie der Endlichkeit, der Begrenztheit unserer Welt Rechnung trägt, daß die tatsächlich knappen Güter — Luft, Wasser, Erde, Rohstoffe, Energie — zu echten wirtschaftlichen Gütern werden, mit denen man sparsam umgehen muß“ (S 136). Zu diesem Zweck müsse ein neuer ökonomischer Knappheitsmesser eingeführt werden, der sinnvollerweise im ökologisch zulässigen Energieverbrauch zu sehen sei. Seine Folgerung und Forderung besteht in der Abkehr von der Nachfrageorientierung wirtschaftlichen Handelns: „Jetzt müssen wir ... das Angebot auf den ökologisch zulässigen Umfang beschränken und die Nachfrage zwingen, sich diesem beschränkten Angebot anzupassen. Das ist der Grundpfeiler einer umweltkonformen Wirtschaftsordnung, der Grundpfeiler eines Neuen Ökonomischen Systems“ (S 137). Im kapitalistischen System werde das Angebot an die expandierende Nachfrage angepaßt, im N Ö S die Nachfrage an das ökologisch zulässige Angebot

(S 140). Womit die (zu lösende?) Frage auftaucht, was ökologisch wo zulässig ist und wer dies im konkreten Fall bestimmen soll!

Umweltökonomie

Die Diskussion im Gefolge der „Umweltwelle“ hat — so sagt *Bruno S. Frey* — auf das Problem aufmerksam gemacht, zu dessen Lösung aber wenig beigetragen. Sie verharrete weitgehend im Oberflächlichen, beschränkte sich auf das Aufzählen von Fakten, täuschte einen allgemeinen Konsensus („Wir sitzen alle in einem Boot“) vor, den es der Sache nach nicht geben kann, da jede Veränderung der bestehenden Verhältnisse neben Gewinnern auch Verlierer, sei es auch nur im relativen Sinne, kennt. Schließlich wurden meist nur zwei Arten von Maßnahmen zur Beendigung der Umweltschädigungen genannt: radikale Veränderung der Werte des Menschen oder drakonische Maßnahmen.

Frey legt daher das Hauptgewicht in seinem kleinen, aber höchst gehaltvollen Kompendium auf die Darlegung und Kritik der Ursachen des Entstehens von Umweltschäden (Kapitel I-III), die Diskussion der Eigenschaften und Wirkungen der verschiedenen Maßnahmen zur Erhaltung der Umwelt (Kapitel IV-VII) und die Abschätzung der Chancen zur politischen Anwendung der diversen Instrumente einer möglichen Umweltpolitik (Kapitel VIII). Den Beitrag der Ökonomik zur Behandlung dieser Fragen schätzt er hoch ein, wenn man sie nicht als Wissenschaft von der Wirtschaft, sondern als Denkmethode verstehe, die sich ganz allgemein mit der Verwendung knapper Ressourcen befaßt. Er muß dabei unausgesprochen eine besonders gütige Ökonomik im Auge haben, wenn man bedenkt, daß zahlreiche unserer Umweltprobleme nicht aus Knappheit, sondern aus Überfluß entstehen (Ökonomie doch als Wissenschaft von der realen Wirtschaft?) — oder aber er setzt voraus, daß die Umweltressourcen im Bewußtsein aller tatsächlich knapp geworden sind, was offensichtlich nicht der Fall ist.

Dem Band ist ansonsten ohne Zweifel hohe intellektuelle Brillanz zu attestieren. Dennoch bleibt die Frage, ob sein Anspruch, eine sozialwissenschaftliche Analyse des Umweltproblems zu geben, befriedigend eingelöst wird. Was fehlt, ist eine differenziertere problemgerechte Einschätzung der Macht der diversen ökonomischen Partialinteressen und der Interessen des Gesamtsystems, die seine theoretischen Denkmodelle — „ökologisches Wachstum“, „Steige-

„Wohlfahrt bei Rückgang der Produktion physischer Güter“ usw — in der Praxis letztlich verhindern werden. Man braucht nur auf die zahlreich nachgewiesenen Fälle gewollter Obsoleszenz hinzuweisen, die allesamt dem theoretischen Wohlfahrtsoptimum widersprechen und doch passieren — und immer passieren werden —, gerade weil sie den spezifischen Interessen einiger Weniger entsprechen, d h auch privatwirtschaftlichen Gewinn abwerfen.

So macht *Frey* viele optimistische ‚Sprünge‘, wenn er zB zwischen ‚ökonomischer‘ und ‚ökologischer Wachstumstheorie‘ unterscheidet und deren Pro und Contra diskutiert, dabei so tut, als ob es sich um zwei etablierte, anerkannte „Schulen der Theorie“ handele, die in der wirtschaftspolitischen Praxis gleiche Chancen auf Anwendung hätten. Die system-dynamische Variante der ‚ökologischen Wachstumstheorie‘ (*Forrester, Club of Rome*) ist zwar bei der aufgeweckten Bevölkerung auf fruchtbaren Boden gefallen, die herrschende ökonomische Theorie hat ihr aber doch nahezu eine totale Absage erteilt — und die Politiker sind nach anfänglichen Bekenntnissen inzwischen mehrheitlich zum traditionellen wachstumspolitischen Alltag übergegangen, sinnigerweise ergänzt durch das Instrument „Umwelt-Abschreibungen“.

Der moderne Ökonom, so sagt *Frey*, darf nicht nur die wirtschaftlichen Einflüsse erforschen, sondern muß als Sozialwissenschaftler ebenso die politischen Komponenten in Betracht ziehen. Das anzustrebende Ziel besteht „... in der Maximierung (?) der Wohlfahrt für die Gesellschaft als Ganzes. Ausgangspunkt dafür sind indessen die individuellen Präferenzen, die (auf irgendeine Weise) zusammengefaßt werden“ (S 11). Womit der Verfassers Vorliebe für marktwirtschaftliche Lösungen präformiert ist, obwohl diese Präferenzen am Markt im Hinblick auf die Umwelt nicht oder verfälscht zum Ausdruck kommen und vor allem auch manipuliert werden.

Der politökonomische Ansatz des Buches müßte also in einer zweiten Auflage stärker und im Hinblick auf die Gegebenheiten in einer spezifischen Periode gesellschaftlich-wirtschaftlicher Entwicklung ausgearbeitet werden. Es wäre zu wünschen, daß die individuellen Präferenzen der Nachfrager am Buchmarkt für eine weitere und erweiterte Auflage ausreichend stark sind. Wenn nicht, bestünde hier für kollektive Präferenzen eine echte Aufgabe — etwa um über eine Studienausgabe des Buches die Umwelt-Diskussion qualitativ zu ändern und weiter zu vertiefen.

• *K. William Kapp und Fritz Vilmar (unter Mitarbeit von Helmut Schmidt) Hrsg: Sozialisierung der Verluste? Die sozialen Kosten eines privatwirtschaftlichen Systems. Carl Hanser Verlag, München 1972. 243 Seiten, DM 24,80.*

• *Detlef Schwefel: Beiträge zur Sozialplanung in Entwicklungsländern. Indikatoren der sozialen Gerechtigkeit, Methode zur Analyse des Gesundheitssektors. Bruno Hessling Verlag, Berlin 1972. 104 Seiten, DM 36,—.*

• *Martin P. von Walterskirchen (Hrsg): Umweltschutz und Wirtschaftswachstum. BLV Verlag, München/Bern/Wien 1972. 309 Seiten, DM 34,—.*

• *Bruno S. Frey: Umweltökonomie. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1972. 142 Seiten, DM 8,80.*